



**BERNHARD  
SEIDENATH**   
Für das Dachauer Land  
im Landtag

# Newsletter

Donnerstag, 11. August 2011

**Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat Juli informieren.

Große Infrastrukturprojekte bewegen die Menschen in unserem Land. Hierzu muss man gar nicht erst nach Stuttgart blicken. Uns in Bayern – insbesondere im Großraum München und in unserem schönen Landkreis Dachau – bewegt derzeit unter anderem der **Bau der Zweiten S-Bahn-Stammstrecke in München**, ein Projekt, das im vitalen Interesse der an Bevölkerung weiter zunehmenden Landkreise rund um die Landeshauptstadt, also auch unseres Landkreises Dachau, liegt. Wenn wir nicht im Autoverkehr ertrinken wollen, sind wir auf ein ebenso leistungsfähiges wie verlässliches und pünktliches Angebot an öffentlichem Personennahverkehr angewiesen. Und das geht nur mit einem zweiten S-Bahn-Tunnel in der Münchner Innenstadt. Ich bin Ministerpräsident Horst Seehofer sehr dankbar, dass er in dieser Position deutlich auch gegenüber der Bundesregierung Stellung bezieht. Ich habe dies in einem Schreiben an Herrn Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebracht, das ich diesem Newsletter zu Ihrer/Eurer Kenntnis beilege.

Die **hausärztliche Versorgung** und die **Verhandlungen des Bayerischen Hausärzteverbandes mit den Krankenkassen über neue Hausarztverträge** sind in den letzten Wochen häufig in den Medien thematisiert worden. In einigen Bereichen – etwa bei den Landwirtschaftlichen Krankenkassen sowie bei der Techniker Krankenkasse – gibt es hier sehr erfreuliche Entwicklungen zu vermelden. Bei anderen Krankenkassen, beispielsweise gegenüber der größten Krankenkasse in Bayern, der AOK, lassen solch positive Nachrichten noch auf sich warten. Bayerns Gesundheitsminister Dr. Markus Söder – der am 26. August am Abend übrigens nach Puch in den Landkreis Dachau kommen wird – hat den aktuellen Sachstand in einem informativen Schreiben zusammengefasst, das ich Ihnen/Euch nicht vorenthalten möchte und deshalb ebenfalls diesem Newsletter beilege.

Im Eindruck der Schuldenkrise in Griechenland, Portugal oder auch Spanien bewegen die Menschen in unserem Land derzeit die **Stabilität des Euro** ebenso sehr wie die **Geschehnisse an den Aktienmärkten**. Für mich persönlich ist rational nicht nachvollziehbar, was in den letzten

Tagen an den Aktienmärkten in Europa und auch in Deutschland passiert ist. Denn die Wirtschaftsdaten in unserem Land sind hervorragend, die Auftragsbücher sind voll und die Arbeitslosigkeit sinkt. Schon einmal hatten wir – Ende 2008 – eine von den Finanzmärkten her induzierte Krise der Wirtschaft und der Konjunktur erlebt, die sich im Jahr 2009 zur schärfsten Rezession ausgeweitet hat, die unser Land seit 1949 erlebt hatte. Ein solcher Effekt darf sich schlicht nicht wiederholen. Aus der Sicht eines Landtagsabgeordneten kann ich aktuell allerdings nur feststellen, dass es seitens der Bayerischen Staatsregierung bzw. des Landtags letztlich keine Einflussmöglichkeiten auf das Marktgeschehen an den Börsen gibt.

Im letzten Newsletter hatte ich Sie/Euch über die **Zukunft der Freiwilligendienste** informiert und die Unterschiede zwischen dem Bundesfreiwilligendienst und den Jugendfreiwilligendiensten dargestellt. Für beide Formate stehen bundesweit jeweils 35.000 Stellen zur Verfügung. Da die Jugendfreiwilligendienste in den ersten Wochen offenbar begehrter als der Bundesfreiwilligendienst sind, hat das Bundesfamilienministerium nun überraschend seine Kriterien geändert und fordert die Träger auf, auf je drei Stellen der Jugendfreiwilligendienste mindestens zwei Stellen des Bundesfreiwilligendienstes zu schaffen. Dies aber verstößt gegen die ursprünglichen Abmachungen, weshalb die Bayerische Staatsregierung gegen diese neue Regelung auch überaus deutlich opponiert hat. Mit guten Gründen hatte das Bundesfamilienministerium ursprünglich darauf verzichtet, eine Relation zwischen beiden Formaten herzustellen. Dabei sollte es bleiben. Denn die Träger haben sich bereits längst anders eingerichtet. Und eine zahlenmäßige Verbindung zwischen einem Jugendfreiwilligendienst und dem Bundesfreiwilligendienst wäre auch nicht sachgerecht. Auch läuft diese neueste Entwicklung den Anträgen zuwider, die die CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat im Landtag gestellt hat. Die Staatsregierung soll demnach nämlich prüfen, wie die Förderung der Jugendfreiwilligendienste über das bisherige Maß von Freiwilligem Sozialen Jahr (FSJ) und Freiwilligem Ökologischem Jahr (FÖJ) hinaus auf Tätigkeitsfelder, wie etwa im Rahmen der Betreuung an Ganztagschulen oder in der Kulturarbeit, ausgedehnt werden kann. Jedenfalls muss dabei sichergestellt werden, dass die Qualität durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen gewahrt bleibt.

So weit meine aktuellen Betrachtungen und die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun eine gedeihliche Lektüre und vor allem eine sonnige und erholsame Sommerzeit! Ich freue mich, wenn wir uns das ein oder andere Mal auf dem Dachauer Volksfest begegnen.

Mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Bernhard Seidenath', with a stylized initial 'B' above it.

Bernhard Seidenath

## Wald- und Forstwirtschaft haben zentrale Bedeutung bei der Energiewende

Beim **Umbau der Energieversorgung** in Bayern sind für uns auch die **großen Potenziale der bayerischen Wald- und Forstwirtschaft** von zentraler Bedeutung.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung daher in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, die **Wald- und Forstwirtschaft** bei der Energiewende **ausreichend zu berücksichtigen** und die **Clusterinitiative Forst und Holz** weiter zu unterstützen.

Dazu gehört für uns unter anderem, dass die **energetische Nutzung** von Holz **um weitere 15 %** von heute 4,8 Mio. t auf 5,5 Mio. t Trockenmasse **gesteigert wird**.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, die im **kleinstrukturierten Privatwald** noch steckenden **Holznutzungsreserven zu aktivieren**. Hierfür soll eine **Initiative zur Aktivierung der Waldbesitzer** auf den Weg gebracht werden. Die Forstliche Beratung und die Zusammenschlüsse der Waldbesitzer sind in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung.

Auch der **Einsatz von Holz als Baustoff** zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung soll im Rah-

men einer **gleichberechtigten Verwendung der verschiedenen Baustoffe** vorangetrieben werden. Der Rohstoff ist **lokal verfügbar** und hat **kurze Transportwege**. Für die Produktion des Baustoffes Holz ist nur ein **geringer Energieeinsatz** erforderlich, der Baustoff selbst **speichert langfristig Kohlenstoff** und ist zudem geeignet, **konventionelle Baustoffe zu ersetzen**.

Außerdem haben wir die Staatsregierung aufgefordert, das **Leitbild der Forstpolitik** einer **naturnahen, nachhaltigen und multifunktionalen Waldwirtschaft** auf möglichst allen Waldflächen **weiter zu verfolgen**. Dieser integrative Ansatz **verbindet Schutz und Nutzung** auf ideale Weise und setzt auf **freiwillige Leistungserbringung** der Waldbesitzer.

Ferner soll die **bayerische Biodiversitätsstrategie fortgeführt** und darauf hingewirkt werden, dass in der Waldstrategie des Bundes auf die Benennung konkreter Größenordnungen für Flächenstilllegungen im Wald verzichtet wird. Der traditionelle, verantwortungsvolle Umgang mit dem Waldbesitz bedarf nach unserer Überzeugung

keiner verschärften Auflagen oder gar großflächigen Stilllegungen. Bayern hat sich nämlich **bewusst für den in-**

**tegrativen Weg des „Schützens durch Nützen“ entschieden.**

### **Arbeitsmarktpolitische Instrumente zeitgerecht weiterentwickeln**

Die **anstehende Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente** kann einen **wichtigen Beitrag** dazu leisten, den **Arbeitsmarkt in Deutschland weiter zu konsolidieren**.

Dazu ist insbesondere eine **Flexibilisierung und verbesserte Zielgenauigkeit** der Instrumente notwendig.

Die CSU-Fraktion hat vor diesem Hintergrund die **Stellungnahme des Bundesrates vom 8. Juli 2011 (BR-Drs. 313/11)** zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt in einem **Dringlichkeitsantrag** ausdrücklich **begrüßt**.

Für uns ist entscheidend, dass die **Eingliederungsleistungen** unter folgendem **Leitgedanken** ausgestaltet werden: **So viele Ermessensleistungen wie möglich, so viele Pflichtleistungen wie nötig.**

Soweit Pflicht- in Ermessensleistungen umgewandelt werden, darf dies jedoch **nicht dazu führen**, dass die Arbeitsmarktpolitik **künftig noch stärker als bisher** unter dem Aspekt der **Konsolidierung des Bundeshaushalts** und des **Haushalts der Bundesagentur für Arbeit** erfolgt. Maßgebend dürfen **allein die arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten** sein.

Deshalb haben wir in unserem Dringlichkeitsantrag folgende **Forderungen formuliert**:

- Vermittlungsunterstützende Leistungen weiterentwickeln
- Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit vereinheitlichen
- Verbesserung der Förderung der beruflichen Weiterbildung
- Vereinfachung und Zusammenfassung der bestehenden Regelungen zu den Eingliederungszuschüssen
- Wiedereinführung der freien Förderung im SGB III
- Neukonzeption der öffentlich geförderten Beschäftigung
- Neuausrichtung der Ausbildungsförderung
- Ausbildung nach dem Alten- und Krankenpflegegesetz stärken
- Ganzheitliche Projekte für sozial benachteiligte junge Menschen sicherstellen
- Sozialpädagogische Begleitung für minderjährige Auszubildende sicherstellen

- Mittelausstattung der Jobcenter sicherstellen

Dabei sind wir uns natürlich bewusst, dass für die Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt letztlich die **gesamtgeseellschaftlichen Rahmenbedingungen und Strukturen entscheidend** sind. Die **arbeitsmarktpo-**

**litischen Instrumente** sind **lediglich eine Stellschraube** dafür, dem Entstehen von Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die Dauer von Arbeitslosigkeit zu verkürzen und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu unterstützen.

### **Ergebnisse des Runden Tisches Heimerziehung in Bayern umsetzen**

In einem **weiteren Antrag** hat die CSU-Fraktion noch einmal **deutlich gemacht**, dass sie das **erlittene Unrecht und Leid**, das **Kindern und Jugendlichen** in verschiedenen Heimen in Bayern widerfahren ist, **zutiefst bedauert**.

Bei der Heimerziehung in den **50er und 60er Jahren** des letzten Jahrhunderts kam es **auch in Bayern zu zahlreichen Rechtsverstößen**, die auch mit dem damals geltenden Recht und seiner Auslegung nicht vereinbar waren.

**Für das erlebte Leid der Heimkinder** in Deutschland **verantwortlich** waren Vormünder, Pfleger, Jugendämter, Landesjugendämter, Vormundschaftsgerichte, Träger von öffentlichen, freien, kirchlichen und sonstigen Einrichtungen, Heimleitungen, Personal, aber auch Eltern und die für die rechtlichen Rahmenbedingungen und Richtlinien und deren Anwendung Verantwortlichen. Hierzu zählen neben Bund und Gerichten auch die Bundesländer.

Vor diesem Hintergrund **begrüßen wir den Abschlussbericht** des vom Deutschen Bundestag eingesetzten **Runden Tisches „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ vom Dezember 2010**.

Wir sehen darin eine gute Grundlage für die **dringend notwendige Aufarbeitung** der Geschichte der Heimerziehung und des gegenüber ehemaligen Heimkindern geschehenen Unrechts. **Wir danken deshalb allen**, die an dieser wichtigen Aufgabe mitgewirkt haben.

Daher **begrüßen wir** auch den **Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) vom 26./27. Mai 2011** in Essen, der eine **Beteiligung der Länder** an dem zu schaffenden zentralen Fonds für erforderliche Hilfeleistungen und für den Rentenversicherungsausgleich ehemaliger Heimkinder **in Aussicht stellt**. Neben dem Bund und den beiden großen Kirchen wollen sich auch die **westlichen Bundesländer und deren Kommunen** insgesamt mit einem **Drit-**

**tel an dem Gesamtvolumen von 120 Mio. Euro beteiligen.**

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert, die in den **Zuständigkeitsbereich der Länder fallenden Vorschläge** des Runden Tisches und der JFMK – vorbehaltlich des Haushaltsprimats des Landtags – **umzusetzen**.

Dabei erwarten wir **insbesondere**, dass **niederschwellige regionale Anlauf- und Beratungsstellen** für ehemalige Heimkinder in Bayern, aufbauend auf den bereits vorhandenen Strukturen, **eingerrichtet** werden. Außerdem sollen sich der **Freistaat Bayern und die bayerischen Kommunen** an dem **gemeinsamen Fonds** von Kir-

chen, Bund, Ländern und Kommunen **beteiligen**.

Daneben soll die **Aktensicherung vorangetrieben** und die **Aufarbeitung der Akten unterstützt** werden. **Ehemalige Heimkinder** sollen bei der Einsicht in ihre damaligen personenbezogenen Akten, bei der Ermittlung und Durchsetzung von Ansprüchen, bei der Suche nach therapeutischen Einrichtungen sowie rehabilitativen Maßnahmen und bei der Aufnahme von Kontakten zu Leistungsträgern aktiv **unterstützt** werden.

Außerdem ist es uns **wichtig**, dass den betroffenen ehemaligen Heimkindern **alle notwendigen Hilfen effektiv, zügig und unkompliziert** gewährt werden.

### **Revierübergreifende Bewegungsjagden verstärkt durchführen**

**Revierübergreifende Bewegungsjagden** sind rechtlich zulässige Jagdmethoden, die als **effektiv und tierschutzgerecht** empfohlen werden. Durch sie kann zum einen ein **wichtiger Beitrag zur Regulation von Wildbeständen im Interesse der Waldbesitzer** geleistet und zum anderen die **nötige Reduktion von Schwarzwild im Interesse der Landwirte vorangetrieben** werden. Zudem erhält das Wild durch die zeitliche Konzentration der jagdlichen Eingriffe **deutlich mehr ungestörte Ruhephasen**.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert, **auf die verstärkte Durchführung** revierübergreifender Bewegungsjagden, insbesondere auf Schwarzwild, **hinzuwirken**. Durch **Lehrjagden** sollen **praxisnahe Anschauungsobjekte** geschaffen werden.

Neben den beteiligten Verbänden und Behörden sollen **auch die Bayerischen Staatsforsten gemeinsam** mit angrenzenden Revierinhabern und Jagdgenossenschaften **revierübergreifende Bewegungsjagden anstoßen und umsetzen**.

## Neue Jagdtechniken prüfen

Als **weitere Maßnahme** eines Gesamtpakets zur **Lösung der bestehenden Schwarzwildproblematik** fordern Jäger vor Ort seit Jahren den **Test von Nachtzielgeräten**, um den Abschuss des Schwarzwildes zu steigern.

Wir haben die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert, im Rahmen des Projekts „Brennpunkt Schwarzwild“ die vom Bundeskriminalamt eröffneten **landesrechtlichen Möglichkeiten zum Einsatz von Nachtzielgeräten umfassend auszuschöpfen** und den **Praktikabilitätstest in den ausgewählten Modellgebieten umgehend** mit den Beteiligten vor Ort **einzuleiten**.

**Schwerpunkt** dieser Tests sollen dabei insbesondere die **Verhütung von Wildschäden in der Feldflur** und die **Umsetzung der Ziele der „Gemeinsamen Empfehlungen zur Reduktion**

**überhöhter Schwarzwildbestände“** sein.

Außerdem soll **dafür Sorge getragen** werden, dass bei den Tests neben Gemeinschafts- und Eigenjagdreviere **auch betroffene Forstbetriebe der Bayerischen Staatsforsten** bei Bedarf auf ihren Flächen **in geeigneter Weise eingebunden** werden.

Ferner haben wir die Staatsregierung aufgefordert, bei Behörden bereits vorhandene geeignete **Nachtzielgeräte leihweise zur Verfügung zu stellen**, um die vorhandenen Fachkenntnisse und sonstigen technischen Ressourcen in das Projekt „Brennpunkt Schwarzwild“ einzubringen.

Über die Ergebnisse des Projekts ist **dem Landtag nach Abschluss zu berichten**.

## Stärkung der Jugendfreiwilligendienste – konzeptionelle Weiterentwicklung des Freiwilligen Sozialen Jahrs und des Freiwilligen Ökologischen Jahrs

**Freiwilligendienste** wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) bieten jungen Erwachsenen Gelegenheiten, **soziale Verantwortung zu übernehmen**, ihre **Fähigkeiten zu erproben** und sich **persönlich und beruflich zu orientieren**. Wegen der gelungenen Kombination aus Orientierungsphase und sozialem Engagement für das Gemeinwe-

sen erfahren diese Freiwilligendienste **hohe Akzeptanz**.

Damit sie auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht zum 30. Juni 2011 und der Einführung des neuen Bundesfreiwilligendienstes (BFD) zum 1. Juli 2011 **attraktiv bleiben**, bedarf es einer **gleichgewichtigen konzeptionellen Ausgestaltung**.

Wir haben die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel die **Förderung der Jugendfreiwilligendienste** über das bisherige Maß von FSJ und FÖJ hinaus auf Tätigkeitsfelder, wie etwa im Rahmen der Betreuung an Ganztagschulen oder in der Kulturarbeit, **ausgedehnt werden kann**.

Hierbei ist aber sicherzustellen, dass die **Qualität durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen** gewahrt bleibt.

Außerdem soll geprüft werden, **wie** gegebenenfalls **weitere Jugendfreiwilligendienste in die Landesförderung** auf Richtlinienbasis aufgenommen werden können, und **wie** der infolge des doppelten Abiturjahrgangs zu erwartende **deutliche Anstieg des Bedarfs an FSJ- und FÖJ-Stellen gedeckt werden kann**.

Ferner soll die Staatsregierung darüber **berichten**, wie die Landesförderung für FSJ und FÖJ in **Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern** ausgestaltet ist.

### **Mittel für § 45 a Personenbeförderungsgesetz ausschöpfen und bei der Neuordnung der Ausgleichsleistungen einen Demographiefaktor prüfen**

Die Entscheidung der Staatsregierung, die **Sollkostensätze für Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr** nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz **rückwirkend zum 1. Januar 2011 um 9 % zu erhöhen** und im Jahr **2012 erhöhte Vorauszahlungen** zu leisten, **begrüßt die CSU-Fraktion** ausdrücklich.

**In einem Antrag** haben wir die Staatsregierung aufgefordert, die im Staats-

haushalt bereitgestellten Mittel auch künftig **möglichst zügig an die Unternehmen weiterzuleiten** und bei der grundlegenden **Neuordnung der Ausgleichsleistungen** ab 2013 zu **prüfen**, ob ein **Demographiefaktor** in die Berechnungsformel aufgenommen werden kann, um auch in **Regionen mit rückläufiger Bevölkerungszahl** für den Ausbildungsverkehr ein **ausreichendes Angebot im ÖPNV** sicherzustellen.

### **Weitere Maßnahmen und Initiativen**



### **Bekämpfung der Equinen infektiösen Anämie (EIA)**

**Seit September 2010** sind in Bayern **gehäuft Fälle der ansteckenden Blutarmut der Einhufer** (Equinen infektiösen Anämie) aufgetreten. Eine Impfung gegen das Virus gibt es nicht. Da auch keine Therapie verfügbar ist, müssen positiv getestete Tiere umgehend getötet werden.

Wir haben die Staatsregierung deshalb **in einem Antrag** aufgefordert, im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit einen **Sachstandsbericht** zur Bekämpfung der EIA bei Einhufern zu geben.

**Insbesondere** soll darüber berichtet werden, wie viele Krankheitsfälle in Bayern bislang in welchen Landkreisen aufgetreten sind, und ob eine regionale Häufung zu beobachten ist. Es soll auch dargestellt werden, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Krankheit zu bekämpfen, und welche Erfolge Bayern bislang bei der Bekämpfung der Viruserkrankung erzielt hat bzw. welche weiteren Schritte geplant sind.

### **Rechtliche Einordnung der Koi-Herpes-Virose (KHV)**

In einem **weiteren Antrag** haben wir die Staatsregierung aufgefordert, auf der Grundlage der Bewertung der Gesamtsituation in Deutschland durch das nationale Referenzlabor für Fischkrankheiten am Friedrich-Löffler-Institut über den Stand der Erörterung der Länder und Verbände **zur Anzeige-**

**pflicht der Koi-Herpes-Virose (KHV) und zur Ausbreitung der KHV in Deutschland zu berichten.**

In diesem Bericht soll auch die **Notwendigkeit beleuchtet** werden, die KHV auf der **Liste der nicht exotischen, anzeigepflichtigen Fischseuchen** zu führen.

Flächenhafte **Untersuchungen der bayerischen Gewässer** mit Schwerpunkt in Nordbayern sowie einzelner Gewässer in Oberbayern und Schwaben in den Jahren 2008 und 2009 lassen nämlich den Schluss zu, dass rund 80 % der untersuchten Bestände Kontakt mit dem KHV-Erreger hatten, ohne dass nennenswerte klinische Verläufe auftraten.

### **Aufnahme des Freisinger Dombergs und der Dreiflüssestadt Passau in das Weltkulturerbe der UNESCO**

Die CSU-Fraktion hat **zwei weitere Initiativen** auf den Weg gebracht, in denen die Staatsregierung aufgefordert wurde, **alle Maßnahmen zu ergreifen**, damit das historische **Freisinger Domberg-Ensemble** und die **Dreiflüssestadt Passau** im Rahmen der Fortschreibung der Tentativliste **in die von der UNESCO geführte Welterbeliste aufgenommen** werden.



Dr. Markus Söder MdL

StMUG - Postfach 81 01 40 - 81901 München

Herrn  
Bernhard Seidenath MdL  
Am Pfanderling 30b  
85778 Haimhausen

München, 04.08.2011  
36a-K4200-2011/49-104

## Zukunft der hausärztlichen Versorgung

Lieber Bernhard,

nach § 73b SGB V haben die Krankenkassen ihren Versicherten eine besondere hausärztliche Versorgung anzubieten. Auf Nachfrage möchte ich über den **aktuellen Stand der Verhandlungen** zwischen dem Bayerischen Hausärzteverband e. V. (BHÄV) und den Krankenkassen hierzu informieren.

1. Mit den **Landwirtschaftlichen Krankenkassen** konnte sich der BHÄV rückwirkend zum 1. Januar 2011 auf einen **Hausarztvertrag** einigen. Dieser Vertrag knüpft ohne Unterbrechung an den bis zum 31.12.2010 geltenden Vertrag an.
2. Die Verhandlungen mit den **Betriebskrankenkassen dauern noch an**. Beide Parteien haben jedoch vereinbart, dass auf Basis des bisherigen Hausarztvertrags eine **Übergangslösung** bis einschließlich des 3. Quartals 2011 gilt. Durch die Übergangslösung stehen für die Hausärzte und die Versicherten die Leistungen des Hausarztvertrages bislang weitgehend ohne Unterbrechung zur Verfügung.

3. Zwischen dem **Verband der Ersatzkassen** und dem BHÄV haben seit dem Hausärzte-Hearing mehrere Gespräche stattgefunden. Bislang haben die Verhandlungen **noch nicht** zu einem **Vertragsabschluss** geführt. Parallel wurde mit einer einzelnen großen Ersatzkasse, der **Techniker Krankenkasse**, verhandelt. Dies hatte Erfolg. **Seit 01.07.2011** besteht zwischen BHÄV und Techniker Krankenkasse ein **Hausarztvertrag** in Bayern. Die bislang teilnehmenden Ärzte und Versicherten nehmen automatisch an diesem Anschlussvertrag teil. Der besondere Schwerpunkt liegt auf der Behandlung und Betreuung chronisch und mehrfach erkrankter Patienten. Auf Basis dieses Vertrages möchte der BHÄV auf die anderen Ersatzkassen zugehen.
4. Mit der **AOK Bayern** hat der BHÄV seit Januar in mindestens fünfzehn Verhandlungsrunden **immer wieder Annäherungen** in einzelnen Punkten erreicht. Auf einen konkreten Vertragsinhalt konnten sich beide Parteien aber trotzdem nicht verständigen. Zuletzt hat am 21.07.2011 ein Gespräch stattgefunden. Wie der **BHÄV verlauten** ließ, habe man im Rahmen dieser Verhandlungen festgestellt, dass die **Positionen** der beiden Parteien **zu weit auseinander** liegen. Der BHÄV beabsichtigt daher, nun ein **Schiedsverfahren** einzuleiten.

Können sich die Vertragspartner nicht einigen, kann nur das gesetzlich vorgesehene Schiedsverfahren eine Lösung bringen. Dieses Verfahren kann **ausschließlich durch den BHÄV** eingeleitet werden, nicht hingegen durch die Krankenkassen oder die Aufsichtsbehörde. Das Staatsministerium hat den BHÄV darauf hingewiesen, dass der weitere Verfahrensgang dadurch in seiner Hand liegt.

Das Schiedsverfahren **läuft folgendermaßen** ab: Hat der BHÄV bei der Krankenkasse das Schiedsverfahren beantragt, müssen die **Parteien** zunächst **versuchen**, sich auf eine **Schiedsperson** zu **einigen**, die den Vertragsinhalt festlegen soll. Sollte dies nicht gelingen, ist es gesetzliche Aufgabe der für die jeweilige Krankenkasse zuständigen **Aufsichtsbehörde**, eine Schiedsperson zu bestimmen. Bei **landesunmittelbaren** Krankenkassen wie der AOK Bayern ist dies das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit. Bei bundesunmittelbaren Krankenkassen wie etwa den Ersatzkassen oder den meisten Betriebskrankenkassen ist dies das Bundesversicherungsamt. **Vor Bestimmung** der Schiedsperson durch die Aufsichtsbehörde ist es erforderlich, dass der **BHÄV** alle **gesetzlichen Voraussetzungen** für ein solches

Verfahren **nachweist**. Das gilt insbesondere für seine Mandatierung. Gemeint ist damit der Nachweis, dass der BHÄV von mehr als der Hälfte aller an der hausärztlichen Versorgung teilnehmenden Allgemeinärzte in Bayern zum Vertragsabschluss beauftragt wurde.

Derartige Schiedsverfahren sind auch bei Hausarztverträgen nicht neu. In der Vergangenheit wurden sowohl in Bayern, als auch in vielen anderen Ländern Hausarztverträge durch Schiedspersonen festgelegt. In Bayern dauerten die Verfahren von der Bestellung der Schiedsperson bis zur Festsetzung des Inhalts jeweils rund ein halbes Jahr.

Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit wird auch **weiterhin** die **Verhandlungen** genau **beobachten** und auf Vertragsabschlüsse hinwirken. Dabei ist aber die vom Gesetz klar vorgegebene Aufgabenzuweisung zu respektieren: Im Rahmen der Hausarztverträge sollen Hausärzte und Krankenkassen ohne die Beteiligung der Politik eigene Verträge schließen. Dies war und ist die Forderung der Hausärzteschaft bzw. ihrer Verbände und klarer Ausdruck des **Selbstverwaltungsprinzips** in der medizinischen Versorgung. Im **Vordergrund** bleibt die **Verantwortung** der handelnden **Vertragsparteien**, im Interesse der von ihnen vertretenen Patienten bzw. Versicherten eine hausarztzentrierte Versorgung anzubieten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Markus Söder MdL  
Staatsminister





BAYERISCHER LANDTAG  
ABGEORDNETER  
BERNHARD SEIDENATH

MdL Bernhard Seidenath · Am Pfanderling 30b · 85778 Haimhausen

Herrn Ministerpräsident  
Horst Seehofer  
Bayerische Staatskanzlei  
Postfach 220011  
80535 München

Maximilianeum  
81627 München  
Telefon 089 / 4126-2453  
Telefax 089 / 4126-1453  
E-Mail: [info@bernhard-seidenath.de](mailto:info@bernhard-seidenath.de)  
Internet: [www.bernhard-seidenath.de](http://www.bernhard-seidenath.de)

CSU-Bürgerbüro:  
Apothekergasse 1  
85221 Dachau  
Telefon 08131 / 735520  
Telefax 08131 / 668228

Privat:  
Am Pfanderling 30b  
85778 Haimhausen  
Telefon 08133 / 994321

München/Dachau, 10. August 2011

**Zweite Stammstrecke der S-Bahn München dringend notwendig**

*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
Lieber Horst,*

mit Nachdruck unterstütze ich Deine Bemühungen, in Verhandlungen mit Herrn Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer eine tragfähige Finanzierung für den Bau der Zweiten Stammstrecke der Münchner S-Bahn zu finden. Denn dieses Projekt ist von elementarer Bedeutung für den Landkreis Dachau, für sämtliche Landkreise in der Region München, ja für den gesamten Ballungsraum München.

Wir wissen, dass der Raum München auch in den kommenden Jahren weiter wachsen wird. Entgegen der demographischen Entwicklung in anderen Regionen Bayerns wird der Zuzug in die Landeshauptstadt und sein Umland ungebrochen sein. Hinzu kommt, dass der Stadt München ab etwa 2025 die Siedlungsflächen ausgehen werden und neu zuziehende Bürger ins Umland ausweichen MÜSSEN. Dies alles hat massive Auswirkungen auch auf die Verkehrsströme, die hierdurch weiter ansteigen werden. Um den Verkehrskollaps auf der Straße zu vermeiden, führt an einem leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrssystem kein Weg vorbei. Und dieses wiederum steht und fällt mit der zweiten S-Bahn-Stammstrecke, um die Achillesferse des

aktuellen S-Bahn-Systems zu entschärfen und Verlässlichkeit und Pünktlichkeit zu steigern.

Diese Argumente gelten in besonderer Weise für den Landkreis Dachau, der ebenfalls spürbar wächst und einem weiteren deutlichen Einwohnerzuwachs entgegensteht. Ab dem Winterfahrplan 2013 wird nämlich die bisherige dieselbetriebene Linie A zwischen Dachau und Altomünster elektrifiziert sein und als neue S-Bahn-Linie S 22 eine direkte S-Bahn-Verbindung aus dem Kernland des Landkreises Dachau in die Münchner Innenstadt bieten. Altomünster, Erdweg, Markt Indersdorf, Schwabhausen und Teile Bergkirchens werden so an ein modernes ÖPNV-Netz angeschlossen werden. Dies wird - so hoffen wir - lindernde Wirkung auf den zunehmenden Individualverkehr zeigen. All diese Effekte können aber nur eintreten, wenn das S-Bahn-System auch in der Münchner Innenstadt leistungsfähig bleibt und so die Angebote verlässlich sind. Und dies geht nicht ohne, ich betone es noch einmal, den Bau der Zweiten S-Bahn-Stammstrecke.

All diese Argumente habe ich - mit Unterstützung meiner Landtags-Kollegen Reinhold Bocklet, Christa Stewens und Dr. Florian Herrmann - am 8. Juli 2011 in Erding bei einem Gespräch des CSU-Bezirksvorstands Oberbayern mit Herrn Bundesverkehrsminister bereits mit aller Deutlichkeit vorgebracht - aber leider nur den Verweis auf die Haushaltslage des Bundes und ansonsten ohnmächtiges Schulterzucken zur Antwort erhalten. Ich danke Dir deshalb herzlich dafür, dass Du Dich als Ministerpräsident und Parteivorsitzender für die Realisierung dieses für die gesamte Region zentralen Verkehrsprojekts einsetzt.

Mit allen guten Wünschen und herzlichen Grüßen

Dir  
Jörg Meuthen